

Die Vorhabenträgerin hat daher um Änderung des Durchführungsvertrages gebeten. Die Verwaltung möchte dem entsprechen, indem § 5 Abs. 3 Satz 2 des Durchführungsvertrags folgendermaßen ersetzt wird:

„Die Sicherung der öffentlichen Wegeverbindung erfolgt durch Beschilderung, Umlaufschranken und Gewährleistung einer hinreichenden Sichtbeziehung zwischen Bahn 18 und dem öffentlichen Weg; die Stadtgemeinde Bremen darf jederzeit verlangen, dass der Vorhabenträger die Sicherung der öffentlichen Wegeverbindung weitergehend gewährleistet durch Anböschung auf Seiten der Schlagrichtung und eine geringfügige Absenkung des Weges sowie eine Schutzvorrichtung vor herabfallenden Bällen.“

Weil die Begründung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans die ursprünglich vorgesehene Maßnahme besonders hervorhebt, wird die hier vorgeschlagene wesentliche Änderung des Durchführungsvertrags abschließend der Stadtbürgerschaft vorgelegt.

Die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung hat hierzu am 20.05.2021 der Änderung des Durchführungsvertrages zugestimmt.

Die Empfehlung der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung wird der Stadtbürgerschaft hiermit vorgelegt.

Der Senat schließt sich der Empfehlung der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung an und bittet die Stadtbürgerschaft, der Änderung des Durchführungsvertrages des vorhabenbezogenen Bebauungsplan 47 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) zu zustimmen.

Beschlussempfehlung: